



Antrag

der Fraktion der CDU

Chancen für eine erfolgreiche Integration verbessern - Unterrichtsangebote für Asylbewerber und Flüchtlinge ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Mit der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern steigt auch die Zahl derer, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind und in Deutschland keinen anerkannten Schulabschluss vorweisen können. Um den jungen Menschen unter ihnen, die ihr 18. Lebensjahr bereits vollendet haben, eine Zukunftsperspektive aufzeigen zu können und eine erfolgreiche Integration zu gewährleisten, muss ihnen unter anderem der Zugang zur Berufsschule und damit zum dualen Berufsausbildungssystem ermöglicht werden.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, unter den folgenden Voraussetzungen die Berufsschulpflicht bis zum 25. Lebensjahr, in begründeten Ausnahmefällen bis zum 27. Lebensjahr, zu verlängern:

1. es kann kein in Deutschland anerkannter Schulabschluss vorgewiesen werden und
2. es bestand noch keine Möglichkeit, in Deutschland einen Schulabschluss zu erwerben.

Heike Franzen
und Fraktion